Abonnementspreis
für Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,80 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: **Carl Hoffmann** in **Bielefeld.**

Volkswacht

Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis **10** Uhr vormittags.

Druck und Verlag der **Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" Schumann & Co., Bielefeld.**

Nr. 29. **Bielefeld, Dienstag, 4. Februar 1896.** **7. Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom 3. Februar 1896, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische Nieberding, von Bötticher.

Präs. von Buol eröffnet die Sitzung. Die Novelle zum Zuckersteuergesetz ist eingegangen. Das Haus tritt in die erste Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verbindung mit dem Einführungsgesetze zu demselben ein.

Staatssekretär Nieberding: Das Gesetzbuch, das bestimmt, ist auf dem Gebiete des Vermögens- und Familienrechts die lang ersehnte Einheit herzustellen, ist die Frucht einer Arbeit von mehr als 20 Jahren. Nachdem der Entwurf einer ersten Kommission nicht im Sinne der öffentlichen Meinung und auch der Regierung ausgefallen war, wurde eine zweite Kommission zur Revision des ersten Entwurfs berufen. Dieser verdanken wir im wesentlichen die vorliegende Arbeit. In der ersten Kommission waren nur Juristen thätig, in der zweiten neben diesen Männer des praktischen Lebens. Während die erste Kommission in der Studierstube gearbeitet hatte, arbeitete die zweite sozusagen auf dem öffentlichen Markte. Sie hat den Stoff, welcher sich durch Kritik und Anregungen aus den weitesten Kreisen der Bevölkerung im Laufe der Jahre angehäuft hatte, mit verarbeitet, so daß man wohl sagen kann, es wird im großen und ganzen, den weit größten Teil des deutschen Volkes befriedigen.

An dem Entwurf hat nicht nur unsere Generation gearbeitet, an ihn hat das deutsche Volk in den Freiheitskriegen gedacht. Er bringt die rechtlichen und sittlichen Errungenschaften vieler Generationen zum Ausdruck. Die Forderung nach einem einheitlichen deutschen Recht wurde schon zum norddeutschen Reichstag gestellt, sie wurde vom deutschen Reichstag bald nach seinem Zusammentritt wiederholt. Diesem Drängen verdanken wir das Gesetz vom Dezember 1873. Damals in der nationalen Begeisterung war man sich der Schwierigkeiten der Schaffung dieses Rechts wohl nicht bewußt und man hatte nicht gedacht, daß beinahe ein Menschenalter vergehen würde, ehe die Arbeit vollendet werden konnte. Vergegenwärtigt man sich aber, wie verschieden und wie zerstreut die Rechte in den einzelnen Teilen unseres deutschen Vaterlandes bisher waren, so wird man der Regierung keinen Vorwurf der Verzögerung machen dürfen. Nimmt man die deutsche Bevölkerungsziffer auf 50 Millionen an, so herrschte bei 7 Prozent sächsisches Recht, bei 17 Prozent französisches, bei 33 Prozent römisches Recht, bei 43 Prozent allgemeines Landrecht. Wenn wir die Sprache eruieren, in denen das deutsche Recht geschrieben ist, so besteht im Osten deutsch geschriebenes Recht, im Süden lateinisch geschriebenes und im Westen gilt der code in französischer Sprache. Es ist begreiflich, daß nach den Freiheitskriegen das deutsche Volk in seinem aufflammenden Nationalgefühl diesen Zustand schwer empfand, und es ist verständlich, daß das neue Reich diesem Zustande so bald als möglich ein Ende machen wollte. Die Kommission hat sich die Aufgabe gestellt, das Recht aufzubauen nach Zweckmäßigkeitsgründen auf die Traditionen, die im deutschen Volke lebten. Sie war aber überzeugt, daß das römische Recht als Grundlage nicht übergangen werden könnte. Das römische Recht ist zum großen Teil auch deutsch geworden, seine Grundsätze sind ja von allen Kulturländern Europas aufgenommen worden. Es wäre eine Thorheit gewesen, wenn man den von einem überspannten Nationalgefühl eingegebenen Rufe: „Nur deutsches Recht, kein römisches" nachgegeben hätte, in einer Zeit, wo der Verkehr die einzelnen Nationen immer näher bringt. Dessenungeachtet war man selbstverständlich bemüht, das, was noch an deutschem Recht im deutschen Gefühlsleben lebte und den modernen Anschauungen Widerstand geleistet hat, in das Recht aufzunehmen. Ich glaube, eine nähere Prüfung wird dem Hause die Ueberzeugung beibringen, daß anders nicht vorgegangen werden konnte. Unser Volk will im wesentlichen behalten, was es hat, es will nur ein Ende machen den Ungleichheiten und der Zerrissenheit. Ich hoffe, daß darüber Einigkeit besteht, daß der Entwurf im allgemeinen gelungen ist, daß wir uns nur über Einzelheiten streiten werden. Nur eins will ich berühren. Der Sprache unseres Entwurfs ist der Vorwurf gemacht worden, daß er nicht gemeinverständlich ist, daß es Juristendeutsch sei. Ich verkenne die Mängel der Sprache nicht, aber ich möchte bestreiten, daß es in Deutschland einen Mann giebt, der nach dieser Richtung hätte besseres leisten können. Man hat auf den Code als Muster verwiesen, und ich leugne nicht, daß er in eleganter und prägnanter Sprache geschrieben ist, aber ich leugne, daß er gemeinverständlicher ist, als unser deutscher Entwurf. Bedenken wir doch, was wir erwerben im Gegensatz zu dem, was wir besitzen. Diejenigen Bevölkerungskreise, die bisher die Quellen ihres Rechtes in lateinischer und französischer Sprache suchen mußten, werden über den in deutscher Sprache gedruckten Entwurf sehr erfreut sein und die etwas schwerfällige Ausdrucksweise gern mit in den Kauf nehmen. Ich bitte Sie, sich nicht zu sehr in Einzelheiten zu verlieren und erinnere Sie in dieser Beziehung an die Erfahrungen, die wir beim Deutschen Handelsgesetzbuche gemacht haben. Hätte damals noch eine zweite Lesung stattgefunden, wäre das ganze Werk in Frage gestellt worden. Die verbündeten Regierungen sind einmütig der Ansicht, daß dieses Gesetzbuch trotz aller Unvollkommenheit doch ein so gewaltiges Werk ist, daß es ihre Zustimmung verdient. Sie haben kein Bedenken getragen, zu erklären: „Wir stimmen trotz aller Besorgnisse für das Gesetz!" (Bravo rechts u. b. d. Natl.) Gegen heute, wo das Volk Mühe hat, sich durch die verschiedenen Gesetzgebungen der Einzelländer durchzuschlagen, wird der kommende gemeinsame Rechtszustand der bessere sein. Die Autorität des Gesetzes selber wird durch das gemeinsame bürgerliche Recht gestärkt werden, weil es das verschiedene Recht, verschieden manchmal für die einzelnen Teile derselben Stadt, beseitigt. Hinter dem Fünfzigmillionenrecht wird der nationale Wille stehen. Die Autorität des gemeinen Rechtes, dem die legale Sanktion fehlt, ist dahin, das französische Recht, das in den Rheinprovinzen gilt, ist losgelöst von der Nation, die es geschaffen hat und in der es sich weiterentwickelt hat. Das Haus des preußischen Landrechts ist zerbröckelt, die Regierung hat nicht einmal gewagt, es in die neueroberten Provinzen einzuführen. Diesen Zuständen gegenüber ist das gemeinsame bürgerliche Gesetzbuch für Deutschland ein politischer, wirtschaftlicher und sittlicher Fortschritt. (Bravo! rechts.) Welchen Nutzen für die innere Stärke der Nation hat Frankreich von der Einführung eines gemeinsamen bürgerlichen Rechts gehabt! Solche Hoffnung knüpft auch das deutsche Volk an das vorliegende Werk! An Ihnen ist es, das Werk zum glücklichen Abschluß zu bringen, das die Regierung in Ihre Hände gelegt hat. Gelingt es Ihnen, des Dankes der deutschen Nation sind Sie sicher, nicht nur für jetzt, sondern bis in die entferntesten Zeiten hinein. (Bravo!)

Abgeordneter Doktor Rintelen (Zentrum): Die Schaffung eines einheitlichen deutschen Rechtes ist eine Kulturaufgabe, ebenso gewaltig, wie wichtig. Hier kann es nur unsere Aufgabe sein, uns über die wichtigsten materiellen Gesichtspunkte zu verständigen. Allen Mitarbeitern an diesem Werke spreche ich unsern Dank aus. Der zweite Entwurf trägt den Bedürfnissen des praktischen Lebens mehr Rechnung, als der erste. Meine politischen Freunde sind bereit, das ihrige zum Abschluß des Werkes zu thun, und zwar in möglichst kurzer Zeit. Eine ganz ungeheuerliche Zumutung aber ist es, daß wir den Entwurf en bloc annehmen sollen. (Bravo im Zentrum und links.) Eine Durchberatung im Plenum kann auf der anderen Seite auch nicht in Frage kommen. Soll nun der ganze Entwurf in eine Kommission hineinkommen? Wir halten es für unthunlich, einmal weil die Durchberatung dort zu lange Zeit erfordern würde, und weil zweitens die Grundlagen der ganzen Arbeit in der Kommission verändert werden könnten. Da erscheint es uns das beste, einer Kommission von 21 oder 28 Mitgliedern nur die wichtigsten Materien und Paragraphen des Entwurfs zu überweisen, die von besonderer Bedeutung für unser soziales und religiöses Leben sind. Ein Verzeichnis dieser nach unserer Meinung wichtigsten Paragraphen überreiche ich dem Präsidenten. Das Einführungsgesetz soll ganz der Kommission zur Vorberatung überwiesen werden. Es erscheint mir persönlich am zweckmäßigsten, daß immer Plenarsitzungen anberaumt werden, sobald die Kommission einen Abschnitt des Entwurfes, soweit er ihr überwiesen wird, durchberaten hat und so die Arbeit abschnittsweise erledigt wird. Nun zu einer Kritik des Entwurfes! Ich bin ein Jurist der alten Schule und manches, in dem Entwurf will mir gar nicht in den Kopf hinein. Als ein Mangel erscheint mir, daß nicht allgemein leitende Grund-

---

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

58 (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Sie sind noch immer so sentimental", sagte er spöttisch. „Die Erfahrungen haben nicht im geringsten auf Sie gewirkt. Nun, was nicht ist, kann noch werden. Ich bin hartnäckig, wissen Sie. Uebrigens" — er trat an das Fenster, öffnete den Flügel und warf einen prüfenden Blick hinaus. — Sie haben sich recht hübsch hier eingerichtet. Ein ganz passabler Aufenthalt für dieses höllische Land. Ein hübscher Tisch, ein paar Stühle, das saubere Bett" — wobei er bedeutungsvoll grinste — „Bilder sogar und ein Spiegel. Also sagen Sie nicht, daß es Ihnen schlecht geht. Und an Gesellschaft", fuhr er lachend fort, „mangelt es Ihnen auch nicht, denn wohnt nicht Herr Volkhofski auch in diesem Hause?"

„Dem Himmel sei Dank — ja."

Lazareff sah sie finster an.

„So haben Sie ja alles, woran Ihr Herz hängt, murmelte er. „Ich aber —"

Er vollendete nicht, mit einer heftigen Geste, als schleudere er gewaltsam einen unbequemen Gedanken von sich fort, that er einen Schritt rückwärts nach der Thür, dann wandte er sich, wie einer plötzlichen andern Eingebung folgend, an Sophia:

„Sie hoffen Volkhofskis Frau zu werden, wenn Ihre Verbannungszeit herum ist?"

„Nein, nicht dann erst", erklärte die Verbannte, ihn fest anschauend, „sondern schon jetzt."

„Ja?"

Seine Augen flammten wild auf, er fuhr mit jähem Rucke empor.

„Schon jetzt", erwiderte Sophia, welche versuchen wollte, vielleicht doch das Ergebnis dieser bangen Stunde zum Guten zu lenken.

„Dann bedürfen Sie der behördlichen Genehmigung."

„Wohlan — ich bitte Sie darum, Herr Gouverneur."

Lazareff stutzte einen Augenblick.

„Mich", brauste er dann auf. „Mich? Wollen Sie mich verhöhnen, Sophia? Verblendetes Mädchen, weißt du nicht, daß du in meiner Gewalt bist? Daß dein Vater, dein Verlobter, daß sie alle in meiner Gewalt sind? Ich rate dir Vorsicht und Sanftmut, Mädchen", schloß er mit zischender, Leidenschaft durchbebter Stimme, indem er sie mit glühenden, versengenden Blicken maß. „Und sei immer eingedenk dessen: Deine und aller Deinigen Zukunft liegt in deiner Hand. Noch bin ich thöricht genug, an meiner Werbung um dich festzuhalten, aber —"

„Schämen Sie sich, mich zu beleidigen, eine schutzlose Gefangene! Verlassen Sie mich!"

„Vergessen Sie nicht, ich habe ein Recht hier zu sein", erwiderte er grollend. „Ich bin Beamter und mit Ihrer Beaufsichtigung beauftragt, ich habe daher das Recht, jederzeit hier einzutreten, Tag und Nacht!"

Sie fuhr zusammen bei dem sonderbaren Akzent, den er auf die letzteren Worte legte.

„Oder" — sprach er hämisch weiter — „ist es Ihnen lieber, wenn ich Sie vorführen lasse?"

„Hinaus!" rief Sophia im höchsten Grade empört, indes die Thränen des Zornes und der Scham über ihre kaum wieder erblühten Wangen herabliefen und indem sie ihre Hand auf das Herz drückte, dessen ungestümes Pochen sie beängstigte, „fort — ich will nie wieder mit Ihnen reden, will Sie nie mehr sehen! Lieber auf der Stelle sterben, als je Ihre Lippen berühren! Gehen Sie!"

„Hartnäckige Hexe", knirschte der Gouverneur in höchster Wut, „lieber sterben willst du, statt einen Kuß von mir hinnehmen? Denk an diese Worte! Denke daran, ich werde sie dir ins Gedächtnis zurückrufen, wenn du willenlos in meinen Armen liegst! Denke daran."

Polternden, gespreizten Schrittes, ein triumphirendes Hohnlächeln auf den Lippen, ging er hinaus. Sophia riegelte hastig die Thür hinter ihm zu, doch selbst das beruhigte sie nicht, sie wagte erst wieder aufzuatmen, als sie ihren Quälgeist in seinem stolzen Gefährt wieder abfahren sah.

Schluchzend sank sie auf ihr Bett — endlich trocknete sie ihre Thränen, begab sich in die Wohnung Kuznetsoffs hinab und bat Katharina, ihr zu gestatten, den Tag in ihrer Gesellschaft zubringen zu dürfen, eine Bitte, welche die Tochter des Hauses freudig bewilligte.

Als Felix am Abend zurückkehrte, fand er seine Braut schwermütig und traurig. Thränen entströmten ihren großen blauen Augen, als sie ihm den Mund zum Willkommengruße darreichte.

„Was ist geschehen?" fragte er betroffen.

„Lazareff war hier", erwiderte Sophia eintönig leise.

„Der Schurke!" rief Felix, „hat er dich beleidigt?"

„O, beleidigt, er kann mich nicht beleidigen. Bedroht — geängstigt hat er mich — er ging im höchsten Zorn — ich fürchte, geliebter Mann, unser Zusammensein hat nunmehr am längsten gewährt!"

Volkhofski durchmaß mit finsterer Miene das kleine Zimmer.

„Was können wir thun?" sagte er. „Wir müssen der Gewalt weichen."

„Aber wenn es unsere Ehre gilt?" fragte Sophia nachdrucksvoll und mit flammenden Wangen.

„Lieber sterben als diese opfern!" entgegnete er bestimmt. „Ich verstehe dich, meine Liebe", sprach er, sie umarmend, während ein wehmütiges Lächeln seine Lippen umspielte. „Beruhige dich, es soll dir nichts geschehen. Fürchtest du für heute Nacht?"

Das junge Mädchen bejahte durch ein leichtes Kopfnicken.

„Ich werde an deiner Thüre Wache halten."

„Ich danke dir, mein Geliebter!"

Und sie gab ihrer Dankbarkeit und Freude durch eine zärtliche Umarmung Ausdruck.

Eben wollten sich beide am Tische Kuznetsoffs zum einfachen Abendbrod, das sie gemeinsam mit der Familie einnahmen, niederlassen, als Helene Machtet plötzlich im Zimmer erschien. Sie war anscheinend schnell gegangen und keuchte, ihr lebhaftes Mienenspiel, ihre ungewöhnliche Hast, das Zittern ihrer Lippen ließen ahnen, daß sie die Ueberbringerin einer wichtigen Botschaft war.

„Was giebt es?" fragte Felix und Sophia gleichzeitig und auch die Mitglieder der Familie Kuznetsoffs wandten sich bestürzt nach der jungen Verbannten um.

„Dr. Baillie — ist — verhaftet worden!" stieß Helene mühsam und in Absätzen heraus. (Fortsetzung folgt.)

sätze dem Entwurf vorangestellt sind, um leider nicht mehr zu beseitigenden Mangel, der nicht nur häufig Wiederholungen in den Paragraphen nötig macht, sondern auch dem Laien das Gesetz unverständlich macht. Redner kritisiert eine Reihe von Ausdrücken in den Gesetzesparagraphen — „thunlichst", „wichtig", „ausreichend", „entsprechend" — die dem subjektiven Ermessen des Richters zu weiten Spielraum läßt. Hier kann die Kommission Abhilfe schaffen. Im Familienrecht macht sich das Bestreben geltend, der Behörde zu tiefe Eingriffe ins innere Familienleben zu gestatten. Das kommt auch von der leidigen modernen Rechtsentwicklung her! Aus erhabenem Munde haben wir die Worte Schutz für Religion, Sitte und Ordnung gehört. Ich frage nun, erfüllt der Entwurf die Forderung, Religion, Sitte und Ordnung zu schützen? Ich sage zu meinem Bedauern nein. Auf sozialem Gebiete thut der Entwurf zu wenig zum Schutz der wirtschaftlich Schwachen gegen die übermäßig Starken. Das zeigt sich besonders beim Mietsvertrag, beim Zinsrecht, wo das Gesetz ein Zinsmaximum hätte festsetzen sollen, bei den Bestimmungen, die die Landwirtschaft betreffen, bei der Mobilisierung des Grundeigentums, das in festen Familienhänden bleiben sollte, bei der übermäßigen Erleichterung des Kredits, bei der Erschütterung der väterlichen Gewalt über die Kinder, die im Entwurf zum Ausdruck kommen; wer an der Festigkeit der Familie rüttelt, rüttelt an den Grundlagen des Staates. So kommt man schließlich dahin, wonach die Sozialdemokraten streben, daß das Kind der Gewalt der Eltern gänzlich entzogen wird. Der Entwurf enthält die Bestimmung, daß der 21jährige Sohn die selbständige Verwaltung seines Vermögens erhält. Das heißt nichts anderes, als die väterliche Autorität vernichten, die Familie sprengen, und das Vermögen durch die Söhne verschwenden zu lassen. Auch der Eigentumsbegriff ist im Entwurfe nicht streng genug formuliert. Nach preußischem Recht ist der Wald jetzt Eigentum eines Einzelnen. Wenn ein Fremder beim Gehen durch den Wald eine Erdbeere, ein paar Heidelbeeren pflückt, so kann er dafür bestraft werden. Das versteht das Volk nicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Eigentumsbegriff muß von der Kommission so gefaßt werden, daß der Eigentümer mit seinem Eigentum nicht nach Willkür verfahren darf, sondern dem allgemeinen Besten damit dienen soll. Bei den Bestimmungen über die Erwerbung des Rechts einer juristischen Person durch Vereine scheinen nur die Schranken falsch gezogen zu sein. Insbesondere liegt kein Grund vor, die religiösen Vereine von der Erwerbung der Korporationsrechte auszuschließen. Die Gefühle des Volkes werden dadurch auf das Tiefste verletzt. (Sehr wahr! im Zentrum.) Eine Reihe weiterer Bedenken will ich heute nicht näher begründen. Das eine aber muß ich sagen, daß die Ehe auch nach dem neuen Entwurf einen rein bürgerlichen Charakter haben soll. Eine kirchlich geschlossene Ehe wird nicht anerkannt, wenn ihr nicht die bürgerliche Eheschließung vorangegangen ist. Damit zerstören Sie die christliche Grundlehre und schließlich auch die Monarchie. Die Zivilehe ist das ureigenste Produkt der französischen Revolution. In der Frage der Eheschließung müßten die Vertreter des christlichen Volkes zusammenstehen gegen den modernen Liberalismus. Wenn die Bestimmungen über die Ehescheidung nicht geändert werden, so wären wir genötigt, nicht nur gegen diese Bestimmungen, sondern gegen den Entwurf überhaupt zu stimmen. (Hört, hört! links.) Wir hoffen, daß die Regierung in der Kommission mit sich reden lassen wird. (Beifall im Z.)

Abg. von Cuny (nat.): Meine Parteifreunde sind mit dem Entwurf einverstanden; sie hätten am liebsten eine en bloc-Annahme gesehen. Der Vorredner hat das eine große Zumutung genannt, aber um große Ziele zu verwirklichen, darf man vor großen Mitteln nicht zurückschrecken. (Beifall bei den Nationall.) Man hat der Vorlage besonders den Vorwurf gemacht, sie enthalte wesentlich römisches Recht. Aber ich sage, es ist eine Unmöglichkeit, einen Entwurf nur auf altgermanischem Recht aufzubauen. Das römische Recht hat sich eben zu sehr mit unseren deutschen Anschauungen vermischt. Es wird weiter eingeworfen, das Gesetzbuch habe zu wenig die soziale Bewegung berücksichtigt. Ein Gesetzbuch kann aber doch keine sozialen Reformen schaffen, es kann sich nur den bestehenden Verhältnissen anschließen, und niemand wird wohl behaupten, daß die sozialen Reformen abgeschlossen sind. Das Gesetzbuch soll weiter zu schwer verständlich sein. Aber selbst die Gegner haben anerkannt, daß der zweite Entwurf in dieser Richtung bei weitem besser geworden ist. Er ist wohl verständlich, natürlich nicht leicht verständlich; denn dazu ist die Materie zu schwierig. Das Gesetzbuch wird eine Kommission beschäftigen. Sollte aber die Kommission nichts zu stande bringen, so wäre das ein großer, nicht wieder gut zu machender Schaden für das deutsche Reich. Sehen Sie also zu, daß der Entwurf womöglich noch in dieser Session Gesetz wird. (Lebh. Beifall bei den Nationall.)

Abg. von Buchka (dkons.): Angesichts der großen Aufgabe, die uns hier beschäftigt, müssen wir beweisen, daß in der deutschen Volksvertretung der Geist der großen Männer lebendig ist, die die deutsche Einheit mit haben erringen helfen, und daß wir bereit sind, dem deutschen Volke die ersehnte Rechtseinheit zu geben. Der Abg. Rintelen hat dem Entwurf eine kapitalistisch-liberale Tendenz nachgesagt. Ich habe aber schon früher einmal darauf hingewiesen, daß nicht der Abg. Lasker, sondern der jetzige Finanzminister Miquel der Vater der Idee eines einheitlichen bürgerlichen Gesetzbuchs gewesen ist. Wir leben in einer Zeit, in der die sozialpolitische Luft mit sozialem Zündstoff überladen ist, und haben darum die doppelte und dreifache Pflicht, die Güter uns zu bewahren, die allen nationalen Parteien gemeinsam und unveräußerlich sind, leider muß ich hier die internationale sozialdemokratische Partei ausnehmen. Obwohl wir auch in Mecklenburg Mängel in dem Entwurf finden, stellen wir doch den nationalen Einheitsgedanken höher und betreten jeden Weg, der zu diesem nationalen Einigungswerke führt. Wir begrüßen das bürgerliche Gesetzbuch als eine nationale That, und wäre es noch viel schlechter, als es thatsächlich ist. Was den Vorwurf gegen das römische Recht betrifft, so müssen wir eben mit der Thatsache rechnen, daß vor 400 Jahren das römische Recht als Grundlage für das deutsche Recht gewählt wurde, seitdem eben deutsches Recht geworden und bei dem Aufbau keines Rechts unberücksichtigt gelassen werden konnte. Man hat weiter gesagt, es berücksichtige zu wenig agrarische Verhältnisse. Ich muß sagen, die Hauptfragen in agrarischer Beziehung sind berücksichtigt. Die soziale Bewegung konnte zur Zeit noch nicht in dem vielleicht von mancher Seite gewünschtem Maße berücksichtigt werden, da sie noch nicht abgeschlossen ist. Es bleibt das einer späteren Zeit vorbehalten. Mit Herrn Rintelen hoffen wir uns noch zu verständigen. Es wird hoffentlich nicht so heiß gegessen wie es gekocht wird. Wir werden an der Zivilehe nicht rütteln. Wir hatten bei Einführung des Gesetzes auch schwere Bedenken gegen die Zivilehe. wir müssen aber sagen, daß in den 20 Jahren ihres Bestehens die katholische wie evangelische Kirche sich mit ihr sehr gut abgefunden hat. Dagegen haben wir gegen die Ehescheidung, wie sie der gegenwärtige Entwurf behandelt, auch Bedenken, wir können besonders Geisteskrankheit nicht als Ehescheidungsgrund anerkennen. Ich beantrage das ganze Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. (Bravo rechts.)

Abg. Schröder (FVg.) Ich stimme diesem Antrage zu, muß aber befürworten, daß der Kommission ausdrücklich das Recht eingeräumt wird, einzelne Teile im Ganzen anzunehmen; sonst könnten geschäftliche Schwierigkeiten entstehen. Die Bedenken des Abg. Rintelen sind doch so zahlreich, daß wir am besten thun, den ganzen Entwurf an eine Kommission zu verweisen. Ich befürchte nicht, daß dadurch das Zustandekommen des ganzen Gesetzes gefährdet wird. Selbst die Erklärung des Abg. Rintelen, daß seine Partei gegen den Entwurf im Ganzen stimmen müsse, falls die Bestimmungen über die Ehescheidung bestehen bleiben, möchte ich nicht als eine besonders drohende Gefahr erachten. Bei einem Entwurfe, der die Rechtseinheit dem deutschen Volke geben will, sind alle Parteien zur Mitarbeit berufen. Es ist ein erhebender Gedanke, daß dieser gemeinsame Boden denn doch für alle Parteien vorhanden ist. Jede Partei, mögen ihre Ziele sein, welche sie wollen, muß imstande sein, ihre Ziele gesetzgeberisch zu formulieren, sonst sind ihre Ziele unfrei. Für jede Partei erwächst aber, um das Zustandekommen des Ganzen zu ermöglichen, auch die Pflicht der Resignation, besonders für uns Juristen. Nur auf dem Weg des Kompromisses können wir zum Ziele gelangen. Der Entwurf leistet alles, was man von ihm verlangen kann; er hätte seinen Zweck verfehlt, wenn er sich augenblicklichen Zeitströmungen unterworfen hätte. Die völlige Beseitigung des römischen Rechtes hat sich als überstürzte Forderung erwiesen; man ist zum Glück davon zurückgekommen. Auch die Klage über zu geringe Berücksichtigung des sozialen Gedankens ist unberechtigt. Im Familienrecht bringt der Entwurf wesentliche Verbesserungen, vielleicht geht er sogar zu Gunsten der unehelichen Kinder noch zu weit. Der Entwurf ist nicht nur eine gute Grundlage für die Beratung, die Kommissionsberatung wird, glaube ich, im Wesentlichen zur Annahme des Entwurfes führen müssen. Die gute Gelegenheit, einen großen Fortschritt in der bürgerlichen Gesetzgebung zu machen, darf der Reichstag nicht unbenutzt vorübergehen lassen. Ich wünsche, daß der große Moment kein kleines Geschlecht finden möge.

Abg. Leuschner (Rp.): Ich wor noch Mitglied der Kommission, und bin der Meinung, daß der Entwurf den nationalen Wünschen und den Bedürfnissen des deutschen Volkes in vollem Maße entspricht. Wir wollen das zustande bringen, und sind deshalb gegen eine Kommission, die nur den Keim des Scheiterns in sich birgt. Meine politischen Freunde und ich sind für eine freie Kommission und für eine Beratung des Entwurfs in zweiter Lesung erst in späterer Zeit. Meine Freunde beantragen eine Resolution folgenden Inhalts: „Die deutsche Reichspartei verkennt nicht die große nationale Bedeutung des Entwurfs und würde für eine en bloc Annahme zu haben gewesen sein. Da diese aber nicht zu erzielen ist, will sie auch mit ihren besonderen Wünschen nicht zurückhalten. Diese beziehen sich vornehmlich auf Abänderungen derjenigen Bestimmungen über die Stellung der Frauen. Wir befürworten eine Vereinbarung der Abhängigkeit der Frau von dem Manne. Andere Sonderwünsche stellt die Partei vorläufig zurück. Wir sind dafür, daß die 2. Lesung des Entwurfs erst in längerer Zeit stattfindet und inzwischen den einzelnen Parteien Gelegenheit gegeben wird, über die streitigen Punkte Vereinbarungen zu treffen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 5¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Berlin. Die Zuckersteuer-Vorlage ist vom Bundesrate angenommen worden.

— Herr v. Rottenburg ist nun endgiltig aus dem Reichsdienste geschieden; als sein Nachfolger wird der Geh. Oberregierungsrat Rote, Direktor im Reichsamt des Innern genannt.

— In dem Ermittelungsverfahren gegen Unbekannt, schreibt der „Vorwärts" vom 1. Februar, wurden heute fünf Mitglieder unserer Redaktion und fünf in Beziehung zu unserem Blatte stehende Schriftsteller, darunter sogar einer unserer Theaterberichterstatter, außerdem ein Beamter unserer Expedition, vor den ersuchten Richter geladen, um zu bekunden, von wem der erst am 18. Januar im „Militär-Verordnungsblatt" publizierte kaiserliche Gnadenerlaß uns so frühzeitig zugestellt wurde, daß er in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei schon am 17. Januar publiziert werden konnte. Einer der Geladenen, Reichstagsabgeordneter Stadthagen, hatte dem ersuchten Richter mitgeteilt, daß er heute am Erscheinen verhindert sei, daß er aber auch späteren Ladungen zu folgen nicht in der Lage sei, weil er ein Disziplinar-Ermittelungsverfahren wider Unbekannt für gesetz- und verfassungswidrig halte. Der erste Vernommene, unser Redakteur Braun, protestierte gegen seine Vernehmung in dem Disziplinar-Ermittelungsverfahren, weil seines Erachtens ein solches auf Grund der Strafprozeßordnung nicht statthaft sei, er erklärte sich aber unter dieser Verwahrung und dem Zwange sich fügend zur Zeugenschaft bereit. Die Disziplinaruntersuchung wurde seitens des Kriegsministers gefordert, der ermitteln lassen will, ob ein ihm unterstehender Beamter dem „Vorwärts" den Inhalt des „Militär-Verordnungsblattes" mitgeteilt habe. Obgleich die Vernehmung über drei Stunden dauerte, dürfte das Ergebnis für den Herrn Kriegsminister wenig befriedigend sein, denn keinem der Vernommenen war die Person, die dem „Vorwärts" den kaiserlichen Erlaß übermittelte, bekannt, selbst eine Beschreibung derselben zu geben, waren die Zeugen außer Stande. — So hat der Kriegsminister auch diesmal mit der Presse kein Glück gehabt. — Unbegreiflich ist uns die Auswahl der geladenen Zeugen. Man lud vor den Reichstagsabgeordneten Auer, der zur Zeit der Veröffentlichung des Erlasses im Auslande weilte, unseren Expedienten Glocke, der nicht das Mindeste mit der Führung unserer Redaktion zu thun hatte, unseren Kollegen Schmidt, der sich zur Zeit der Veröffentlichung in Staatspension am Plötzensee befand, einen Theaterkritiker, einen weiteren Mitarbeiter, der auch nicht den mindesten Einfluß auf die Entschließungen der Redaktion hat. Es muß eine recht schlecht unterrichtete Stelle gewesen sein, die über die Redaktionsinterna unseres Blattes die Informationen gab.

Leipzig, 1. Febr. Der Feldzug gegen das sächsische Wahlrecht ist in ein neues Stadium getreten; es ward in diesen Tagen seitens der Regierung die Veröffentlichung des Entwurfes erwartet, von dem Graf Hohenthal in Berlin nicht einmal eine Ahnung haben wollte. Nun ist aber Dank des Eingreifens der Sozialdemokraten Sachsens die Stimmung im Volke gegen die Schill, Mehnert und Genossen schon derart aufgebracht und erregt, daß die nächsten politischen Freunde derselben schon umzufallen sich anschicken. Die Nationalliberalen Dresdens haben schon den Rückzug angetreten. Der hochkonservative Vaterländische Verein in Leipzig hegt plötzlich lebhafte Bedenken gegen die Einführung des elendsten aller Wahlsysteme; er hält sogar nächste Woche eine Protestversammlung ab — allen Ernstes. In der Ankündigung der Versammlung heißt es: Wir halten es für unsere Pflicht, so lange es noch Zeit ist, warnend unsere Stimme zu erheben. Selbst die Nationalliberalen Leipzigs fühlen sich nicht mehr ganz sicher mit ihren Umsturzplänen; sie haben angeregt, am 9. Februar in Leipzig eine außerordentliche Generalversammlung des nationalliberalen Vereins des Königsreichs Sachsen in der Wahlrechtsfrage abzuhalten, und der Vorstand des Vereins ist dieser Anregung nachgekommen. Ganz verschnupft hat bei den Meistern der Reaktion das fast einstimmige Verdikt des Reichstages in dieser Woche; was Blos, Gröber, Schoenlank und Auer ihnen unter die Nase gerieben haben, ist nicht spurlos an ihnen vorübergegangen. Das führende Organ der Nationalliberalen redete seinen Aerger damit weg, kein Mensch in Sachsen denke an eine Verschlechterung des Reichstags-Wahlrechts; was aber die Sachsen unter sich machen, das gehe den Reichstag gar nichts an; die Sachsen seien alleene helle und hätten sich nichts darein reden zu lassen. Zum Lachen ist auch die Behauptung der hiesigen Presse, daß die Wahlrechtsumstürzler die Mehrheit des Volkes auf ihrer Seite hätten, als ob ein halbwegs zurechnungsfähiger Mensch mit seiner eigenen Entrechtung einverstanden sein könnte. Wie gesagt, die Bewegung ist in ein neues Stadium, in das der Krisis eingetreten: man ist gespannt auf den Entwurf; viele glauben nach dem Intermezzo im Reichstag, daß derselbe weder für die Konservativen noch für die Nationalliberalen wohlschmeckend und annehmbar ausfallen dürfte, so daß dann die Blamage des Rückzuges von allen Gegnern der Sozialdemokratie je zu einem Drittel getragen werden müßte.

Mülhausen i. E., 30. Januar. An die kürzlich erfolgte Ausweisung eines Arbeiters, des schweizerischen Posamenters Johannes Kläusler aus dem Gebiete von Elsaß-Lothringen, schließt sich heute diejenige eines Fabrikanten, Herr Hermann Noack-Dollfus, Inhaber der Wollspinnerei Dollfus-Dettwiller zu Sausheim bei Mülhausen, französischer Staatsangehöriger, ist durch Verfügung des Bezirkspräsidenten des Ober-Elsaß auf Grund des Artikels 7 Gesetz vom 3. Dezember 1849 des Landes verwiesen worden. Als Grund der Maßregel erfährt man, Herr Fabrikant Noack habe auf einem dieser Tage in seiner Wohnung gegebenen Balle eine Imitation der in Belfort stehenden Revanche-Statue aufgestellt; ferner werde angenommen, daß er nicht ohne Einfluß gewesen sei auf das Verhalten der Mülhauser Industriellen-Gesellschaft, deren Vizepräsident er ist und welche bei der verflossenen Kaisers-Geburtstagsfeier dem Kriegerverein wohl den großen Saal in dem der Gesellschaft gehörigen Börsengebäude zu Festzwecken vermietete, sich aber in einem Briefe die Anbringung jeder äußeren Dekoration am Gebäude verbat. Die Maßregel erregt in allen Kreisen der Bevölkerung das lebhafteste Aufsehen. Durch das Auftreten und die beispiellosen Erfolge der sozialistischen Agitation im Elsaß eingeschüchtert, hatte die Bourgeoisie, ehemals der Hort des Protestlertums, zu Beginn des gegenwärtigen Dezenniums angefangen, sich der Regierung zu nähern — nun macht die Regierung aus einem auf einen engen privaten Zirkel beschränkten Vorgang, den niemand beachtet hatte, durch die Ausweisung eines angesehenen und persönlich hochgeachteten Fabrikbesitzers eine aufsehenerregende politische Aktion und gefährdet damit selbst die natürliche Entwickelung. Ein Akt politischer Klugheit ist die Ausweisungsmaßregel nicht.

Aus dem Auslande.

Kuba. Für den Aufstand scheint der entscheidende Wendepunkt gekommen zu sein. Nachdem es den Rebellen gelungen ist, innerhalb des letzten Jahres von dem östlichen bis zum westlichen Ende der Insel vorzudringen, die Hauptstadt selbst zu bedrohen, und die spanische Armee in eine so schlimme Lage zu bringen, daß der Oberbefehlshaber, der berühmteste Kriegsmann Spaniens, Martinez Campos abberufen werden mußte — schickt sich jetzt eine andere Macht an, auf die Bühne zu treten: die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Daß dort Sympathien für die Aufständischen sich schon vielfach geltend machten, ist den Lesern bekannt. Bisher fanden jedoch die wiederholten Anregungen, die Rebellen als Kriegsführende anzuerkennen, keine günstige Aufnahme bei der Majorität des amerikanischen Kongresses.

Vor einigen Tagen hat nun aber ein die Majorität des Kongresses vertretender Ausschuß: der für auswärtige Angelegenheiten, im Senat zu Washington formell den Antrag gestellt, die kubanischen Aufständischen als Kriegsführende anzuerkennen. Wie weiter mitgeteilt wird, hat dieser Antrag begeisterten Beifall in allen Teilen der Union gefunden, so daß die Annahme des Antrags sehr wahrscheinlich ist.

In dem Augenblick aber, wo die Vereinigten Staaten die Rebellen als kriegsführende Macht anerkennen, und wo sie demgemäß aufhören, ihnen die Zufuhr von Kriegsmaterial und Kriegsmannschaft abzuschneiden, ist es zu Ende mit der spanischen Herrschaft über die Perle der Antillen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 4. Februar.

— **Ein junger Mann,** welcher Sonntag Abend einem Mädchen seine Begleitung angetragen hatte, versuchte gleich nach 9 Uhr in der Nähe der Bismarck- und Dorotheenstraße an demselben ein gewaltsames unsittliches Attentat. Auf die Hilfe des Mädchens eilten Passanten der Kurfürstenstraße herbei und vereitelten durch ihr Erscheinen das Verbrechen. Der freche Bursche, welcher in der Flucht sein Heil suchte, ist dem Mädchen der Person nach bekannt, und es wird Anzeige bei der Behörde schon erfolgt sein.

— **Unglücksfall.** Ein sehr bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Abend kurz nach 7 Uhr an der Teutoburgerstraße. Der Knecht des Wirts und Bäckers H. Barmeyer hielt mit seinem Fuhrwerk vor einem Hause, und während er die Kundschaft bediente, scheute das Pferd und rannte mit dem Wagen die Teutoburgerstraße herunter. Hierbei ging der Wagen entzwei, und zwei Personen wurden übergefahren; die eine derselben, die Weberin Schäffer aus Sieker, ist so erheblich verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußte; die zweite Person, der Wirt Klauck, Karlstraße, hat erhebliche Verletzungen im Gesicht und an den Händen davongetragen. Hervorheben aber müssen wir noch, daß in der Straße keine einzige Laterne sich befindet. Dieser Umstand dürfte die Hauptschuld an dem Unglück tragen.

— **Malerversammlung.** Am Sonntag, den 2. Februar 1896, fand im Lokale der Centralhalle eine öffentliche Versammlung der Maler und verw. Berufsgenossen statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht vom Kartell und Wahl der Vertreter; 2. Unsere Lohnverhältnisse und sind wir gewillt, dieselben zu verbessern? 3. Verschiedenes. Zum 1. Punkt erstattete der bisheriger Vertreter einen kurzen Bericht über die Thätigkeit des Kartells und wurde ihm dann Decharge erteilt. Bei der hierauf stattfindenden Neuwahl wurden die Kollegen K. und N. wiedergewählt. Zum 2 Punkt führte Genosse Slomke aus, daß im gegenseitigen Verhältnis der Arberter zu den Unternehmern die beiderseitigen Interessen entgegengesetzter Natur seien. Die Unternehmer seien bestrebt, die Löhne herabzudrücken, deswegen sei es Pflicht der Arbeiter, für bessere Arbeitsbedingungen einzutreten. Wem es aber damit Ernst sei, der müsse auch notwendig zur Organisation gehören. Redner ging dann auf die Lage der Maler ein, welche im Winter 2 bis 4 Monat ohne Arbeit wären. Für den Fall des Streiks solle man sich mit den Maurern, welche ebenfalls eine Lohnbewegung beabsichtigten, in Verbindung setzen. In der dem Vortrage folgenden Diskussion wurde das sogenannte Volontairwesen einer gebührenden Kritik unterzogen. Es wurden hierauf die aufgestellten Forderungen einzeln durchberaten und mit einigen Abänderungen angenommen. Ferner wurde eine Lohnkommission von 5 Mann gewählt, welche mit den Meistern unterhandeln soll. Zum Schluß führte Genosse Slomke aus, nun auch kräftig für die Vereinigung einzutreten, damit, wenn wir in einen Streik eintreten, wir auch gerüstet dastehen. Darum auf, Kollegen, hinein in die Vereinigung, dann wird und muß der Sieg unser werden!

— **Der Volksfamilienabend** am Sonntag bei Wellmann ist glänzend verlaufen. Der Saal war überfüllt und die Leistungen ausgezeichnet. Da war nicht zu merken, daß die Mitwirkenden nur Dilettanten waren. Besonders gelungen war die Darstellung des Kotzebueschen Stückes „Der gerade Weg ist der beste". Es wurde uns hiermit ein Stück des sozialen Lebens aus der Zeit nach den sogen. Freiheitskriegen vorgeführt, der Pastor in einer Abhängigkeit vom Junker, der Schulmeister wiederum vor beiden katzbuckelnd. Der Herr Kandidat „versteht" sofort, warum er die Witwe des früheren Predigers heiraten soll, und ist ohne weiteres dazu bereit. Der Dichter hat zwar die Absicht, die Gerechtigkeit siegen zu lassen, aber er leidet dabei kläglich Schiffbruch; denn wirklich wird der Kandidat nur deswegen Pastor, weil er die Predigerswitwe heiratet und nicht seiner guten Eigenschaften wegen. Durch das gute Spiel kam diese soziale Abhängigkeit des Bürgertums vom Junker prächtig zum Ausdruck. Ueber das andere Stück „Eine Ordnungsstütze" haben wir uns schon früher ausgesprochen. Besonders rühmend müssen wir noch der komischen Vorträge und des Quartettgesanges gedenken. Das Publikum geriet in die gemütlichste Stimmung. Noch lange, glauben wir, werden die Besucher an diesen Familienabend zurückdenken.

Herford, 2. Febr. Das Gutachten, welches die in öffentlicher Volksversammlung gewählte Sechserkommission abgegeben hat, lautet folgendermaßen:

„Herford, den 30. Januar 1896. Einem wohll. Kreisausschuß zu Herford z. H. Herrn Landrat Dr. v. Borris. In der am 29. v. M. stattgehabten öffentlichen Volksversammlung wurden die Unterzeichneten in einer Kommission beauftragt, die da zur Sprache gebrachten Mängel an Tischlerarbeiten bezüglich der Keller- und Bodenfenster der Landwirtschafts- und Realschule zu Herford zu untersuchen und einem wohll. Kreisausschuß das Vorfinden dieser Arbeiten wie folgt zu erklären. Die Fenster, welche ca. 1,50 Meter hoch, 1,40 Meter breit sind, haben eine Bogenhöhe von 0,35 Meter. Dieses obere Bogenblendrahmstück, welches aus einer verleimten Bohle geschnitten ist, ist keineswegs werkmäßig richtig, weil das Holz stark trocknet und quillt, und diese Einflüsse auf das Oeffnen und Schließen der Flügel einwirken. Auch sind diese Bogen schon vielfach derartig gerissen, daß dieselben mittelst Drahtstiften zusammengenagelt worden sind. Dieses Oberstück ist mit den seitlichen Rahmenhölzern sehr mangelhaft und unakkurat verbunden, so daß die Kehlungen in den Gehrungen keineswegs zusammenstoßen, und diese Fehler mittelst Oelkitt ersetzt sind. Die Flügel sind keineswegs durch diese unakkurate Verarbeitung dichtschließend zu erhalten, welches beweist, daß bei geschlossenem Fenster oben und unten das freie Licht zu sehen ist. Die Verbindung des oberen mit den seitlichen Flügelhölzern, sind augenscheinlich zu kurz gewesen, so daß das Fehlende mittelst Holz ausgeflickt worden ist. Wir sind offenbar der Ansicht, daß diese Fenster äußerst unsolide hergestellt sind und keineswegs den Anforderungen eines solchen Baues entsprechen. Bitten daher einen wohll. Kreisausschuß diese uns auferlegten Pflichten durch dieses gütigst anzuerkennen, und sind jederzeit für weitere Rechtfertigung bereit, und ersuchen um gefällige Nachricht. Gezeichnet u. s. w. (Folgen die Unterschriften.

Löhne, 1. Febr. Verunglückt ist hier in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs der Rottenarbeiter Steffen aus Obernbeck. Er geriet unter die Räder eines Wagens, der von einem rangirenden Zuge abgestoßen ward. Der Kopf wurde ihm vom Rumpfe abgefahren. Der Verunglückte war ca. 50 Jahre alt und hinterläßt eine kränkliche Frau und Kinder, von denen das eine auch schwer leidend ist. (M. Z.)

Bünde, 3. Februar. Gestern tagte im Lokale des Herrn Niemeier eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Bauarbeiter mit der Tagesordnung: Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden. Nachdem mehrere Redner die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit beleuchtet hatten, erklärte sich die Versammlung bereit, mit aller Energie für die zehnstündige Arbeitszeit einzutreten. Es haben sich 105 Mann unterschrieben. Mehrere Kollegen führten noch an, daß einige Meister den ansässigen verheirateten Maurern einen Lohn von 2,50 bis 2,75 M., den Lippern und anderen Fremden einen Lohn von 3,50 bis 4,00 M. auszahlen. Unter „Verschiedenes" wurde angeregt, ob die Maurer von Bünde und Umgegend nicht gewillt seien, sich dem Zentralverband der Maurer anzuschließen. In die ausgelegte Liste zeichneten sich 12 Mann ein, und es wurde sodann die Gründung einer Zahlstelle vollzogen. Möge die junge Zahlstelle kräftig blühen und gedeihen.

Levern, 31. Jan. Vorige Woche verunglückte hier beim Holzfällen ein 50 jährigen Mann, Starke aus Heithöhle. Alle Arbeiter sprangen zurück, als ein starker Ast fallen wollte, nur St. nicht, der in Folge dessen von dem fallenden Ast einen Schlag vor die Brust bekam, rückwärts auf den Kopf fiel und sofort verschied. (M. A.)

Minden, 2 Februar. Nach einem in hiesiger Stadt kursierenden Gerücht wurde vor einigen Tagen der Lehrer Kölling von der hiesigen Mittelschule wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Knaben, verhaftet. Sonderbarer Weise wissen die hiesigen bürgerlichen Blätter, „Kreisblatt", und „Mindener Zeitung", die doch sonst mit großer Schnelligkeit über vorgekommene Vergehen bei Arbeitern zu berichten wissen, über diesen Fall, wie überhaupt immer, wenn es sich um Leute aus „besserem Stande" handelt, ein bewunderungswürdiges Stillschweigen zu bewahren. Wir meinen doch, was dem Arbeiter gegenüber billig, so sehr billig ist, muß „gebildeteren" Personen gegenüber erst recht recht sein. Die „Mind. Zeitung" antwortet auf eine diesen Fall betreffende Anfrage im Briefkasten folgendes:

> Bekannter Stammtisch und andere, hier! Weshalb wir über den neuesten hier vorgekommenen „Fall" nichts gebracht haben? In Rücksicht auf unsere jugendlichen Leser. Die Thatsache an sich ist ja ohnehin ohne Zeitungsnotiz genug verbreitet. Wir wollen den „Fall," der schon seit 10 Tagen bekannt ist, nicht noch breiter treten. — Gegen die Kirchenzucht-Wüteriche hätte uns ja die Geschichte eine brillante Handhabe geboten. Wir legen uns den „Fall" deshalb für eine andere Gelegenheit, die sich vielleicht noch bietet, ins Salz."

Auf einem fauleren Pferde haben wir die „Mind. Ztg." noch nicht angetroffen; eine ernsthafte politische Zeitung entdeckt mit einem Male ihre Schamhaftigkeit, wo es sich darum handelt, einen die Gesamtheit außerordentlich interessierenden Fall der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Oder ist es nicht von der größten Wichtigkeit, an den Thatsachen immer und immer wieder nachzuweisen, daß die heuchlerische kirchliche Frömmigkeit, welche ja auch von Jesus gebührend an den Pranger gestellt worden ist und in welcher unsere Konservativen alles Heil erblicken wollen, gar nichts mit der Moral zu thun hat, daß im Gegenteil die eifrigsten Kirchengänger oft die unmoralischsten Subjekte sind? K. war ein solch kirchlicher Mann, er war auch Dirigent des kirchlichen Gesangvereins. Und da will die „M. Ztg." sich den Fall einpökeln! Auf wie lange? Bis die jugendlichen Leser das genügende Alter erreicht haben? Danach scheint es, als ob die „M. Ztg." das Organ wäre für politische Kinder und solche, welche es werden wollen. Die Bückeburger Unsittlichkeiten üben übrigens nach Ansicht der „M. Ztg." nicht denselben verderblichen Einfluß aus wie die Mindener. Wenigstens fanden wir unlängst in derselben folgende Nachricht:

> Bückeburg, 24. Januar. Hier soll ein arger Schulskandal vorgekommen sein: Von dem Gymnasium sind nach Mitteilung der „Sch.-Lipp. Volksztg." (der wir die Verantwortung für die Meldung überlassen müssen) 7 Schüler relegiert, 2 aus Bückeburg, 2 aus Stadthagen, 2 aus Meerbeck und 1 aus Wiedensahl. Ursache: Allzu große Zuneigung zur Venus vulgivaga. In dem erwähnten Blatte werden Andeutungen gemacht, welche die Affäre in schlimmem Lichte erscheinen lassen.
>
> Venus vulgivaga bedeutet die geschlechtliche Liebe mittelst Prostitution.

Natürlich muß es ja die „M. Ztg." am besten wissen, welche Unsittlichkeiten den ihrer Fürsorge anvertrauten Kindern frommen, und welche nicht.

Warendorf, 2. Febr. Heute Abend gegen 8 Uhr fand man am Wall, in der Nähe der Freckenhorster Straße den Knecht des Wirts Bispinck mit einer tiefen Wunde im Oberschenkel in bewußtlosem Zustande. Ueber den Thäter verlautet noch nichts, indeß stellte die Polizei sofort energische Nachforschungen an. (M. A.)

Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 1. Februar. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher, Vertreter der Staatsanwaltschaft: Herr Assessor Reichartz. — Der Maler Ludwig Lenhard von hier war vom hiesigen Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs in zwei Fällen und Bedrohung zu 14 Tagen Gefängnis, der mitangeklagte Kleinhändler Carl Vogt von hier wegen Mißhandlung des Lenhard zu 30 Mark Geldstrafe bezw. zu 6 Tagen Gefängnis und zur Zahlung einer Buße in der Höhe von 23 Mark verurteilt worden. Die Berufungsinstanz hob heute das erste Urteil auf, erkannte gegen Lenhard wegen Hausfriedensbruchs in einem Falle und Bedrohung auf eine zehntägige Gefängnisstrafe, sprach den Vogt aber von der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung frei. — In der Nacht vom 16. zum 17. Juli v. Js. war es in der Krumhöfenerschen Wirtschaft zu Brackwede und auf der Landstraße zu einer Schlägerei gekommen, wobei außer dem Fabrikarbeiter Heißmann, der Messerstiche erhalten, auch noch der Wirt, dessen Ehefrau und Tochter mißhandelt und dem Wirt Thüren und Fenster beschädigt worden sind. Wegen dieser Excesse stand unter Anklage der Fabrikarbeiter Heinrich Carl Strothmann aus Brackwede, der wegen des Gebrauches eines Messers zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Knecht Heinrich L. Rüter aus Senne erhielt wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und einfacher Körperverletzung in zwei Fällen drei Monate Gefängnis, der Fabrikarbeiter Heinrich Pankoke aus Brackwede wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung eine Strafe von einem Monat Gefängnis. — Der Fleischergeselle Ludwig Schulte von hier, jetzt zu Salzuflen wohnhaft, und der Schlachtermeister Albert Rose von hier waren vom hiesigen Schöffengericht am 9 November v. Js. wegen Unterschlagung bestraft worden, und zwar Schulte mit 10 Mark ev. 2 Tagen Gefängnis und Rose mit 20 Mark bezw. 4 Tagen Gefängnis. Beide Angeklagte wurden heute in der Berufungsinstanz freigesprochen. — Die Ehefrau Arbeiter August Bartels zu Bloth, welche am 13. November v. Js. vom dortigen Schöffengericht wegen Diebstahls zu 3 Tagen Gefängnis verurteilt worden ist, wurde unter Aufhebung des ersten Urteils freigesprochen. — Das Schöffengericht zu Herford hatte den Schneider Hugo Pörske zu Herford am 6. November v. Js. wegen Sachbeschädigung in 2 Fällen mit 6 Monat Gefängnis bestraft, wogegen der Angeklagte Berufung eingelegt hatte. Die Verhandlung fiel insofern zu seinen Gunsten aus, als nur ein Fall der Sachbeschädigung festgestellt werden konnte. Deshalb wurde das erste Urteil aufgehoben und die Strafe auf 3 Monat Gefängnis festgesetzt. — Der 12 Jahre alte Schüler Philipp Fritz Kubrock von hier ist geständig, am 1. Oktober v. Js. in die Wohnung der Wittwe Ott durch ein Kellerfenster eingestiegen zu sein und aus der Wohnung 45 Mark bares Geld gestohlen zu haben. Der Gerichtshof nahm an, daß der Bursche die Erkenntnis der Strafbarkeit seiner That nicht besessen habe, sprach ihn frei und überwies ihn einer Erziehungsanstalt. — Der wiederholt vorbestrafte Agent Fr. Wilh. Kreimeier zu Minden wurde wegen versuchten Betruges im wiederholten Rückfalle mit 1 Jahre Zuchthaus, 300 Mark ev. 20 Tagen Zuchthaus bestraft. — Der Kürschner Theodor Rheinbold von hier, der sich wegen einfachen Bankerotts zu verantworten hatte, wurde freigesprochen.

Gewerkschaftsbewegung.

Aufruf an die organisierten Metallarbeiter Bielefelds!

Kollegen! Da auf der vorjährigen Generalversammlung über die Arbeitslosenunterstützung eingehende Erörterungen stattgefunden haben, aber eine Einigung nicht erzielt wurde, so hat sich jetzt der Hauptvorstand in Stuttgart veranlaßt gesehen, Arbeitslosenkarten nebst Schema mit Flugblatt herauszugeben. Um nun die Arbeitslosigkeit der organisierten Kollegen genau feststellen zu können, ist es unbedingt notwendig, daß ein jeder der Kollegen im Besitz einer solchen Karte ist. Sobald dann eine Arbeitslosigkeit eintritt und dieselbe länger als 8 Tage anhält, so ist die Karte Nr. 1 an die Adresse, welche schon aufgeschrieben ist, abzusenden und erhält dann der Kollege die Karte Nr. 2. Dieselbe bleibt so lange im Besitz des Arbeitslosen, bis derselbe Arbeit erhalten hat. Es ist die Karte dann, ausgefüllt mit dem Vermerk, wann die Arbeitslosigkeit geendet hat, Tag und Monat, ebenfalls an die vorgemerkte Adresse abzusenden. Damit nun die Angaben wahrheitsgetreu gemacht werden können, ersuche ich die Kollegen, welche noch nicht im Besitz einer solchen Karte sind, dieselbe bei mir in Empfang zu nehmen oder dieselben in der Versammlung am Sonntag bei R. Kahl abzuholen. Kollegen! es handelt sich hier um die Durchführung einer Arbeitslosenunterstützung; ein jeder organisierter Kollege, der daran ein Interesse hat, thue seine Pflicht.

Mit kollegialischem Gruß

Fr. Bunte, Heeperstr. 48.

Vermischtes.

Eine Kapitalsgröße ersten Ranges in Berlin hat seit einiger Zeit den Hut seines Leibdieners mit einem wallenden rot-weißen Federbusch schmücken lassen und saust mit seinem begummiräderten Gefährt tagtäglich in der Mittagszeit über den Potsdamer Platz, so daß der Schmutz meterweit zur Seite spritzt. Da um diese Zeit der Verkehr dort sehr rege ist, so wird mancher, der sich nicht weit genug zurückstellt, über und über besudelt, wie dies ja auch vielfach bei den Hofwagen stattfindet. Dieser Unfug wäre noch gar nicht so schlimm, wenn nicht junge Schutzleute häufig sich durch den Federbusch beirren ließen und Publikum, Pferdebahnwagen, Droschken ꝛc. zum Halten zwingen wollten, damit der Herr Kohlenbaron in seiner Luftfahrt nicht aufgehalten werde. Daß es bei dieser Gelegenheit viele giebt, die mit elegantem Schwunge ihre Kopfbedeckung ziehen in der Meinung, es handle sich um eine Fürstlichkeit, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Erschossen wurde in Bremerhaven, nach der „Magdeb. Zeitug", ein Handwerksbursche von einem Gendarmen, der ihn wegen „Fechtens" verfolgte und die Schußwaffe gebrauchte, als der Handwerksbursche nicht stehen blieb. Der Gendarm wird sicherlich zu seiner Rechtfertigung irgend eine „Instruktion" vorschützen können.

Nottuln, 29. Januar. In der vergangenen Nacht wurde in das hiesige Postgebäude ein Einbruch verübt und aus der Tageskasse 700 Mark gestohlen. Der Postgehilfe schlief in dem Raum, durch welchen der Spitzbube gekommen sein muß, ist aber, obwohl eine zum Verschluß der Blendlade dienende eiserne Stange entfernt wurde, nicht aufgewacht. Ein Versuch, die Hauptkasse zu erbrechen, ist nicht geglückt.

Ein fünffacher Raubmord wird über Wilna gemeldet: In Zadroscc, unweit Wilna, wurde der israelitische Gastwirt Hermaniski, ein 75jähriger Greis, nebst seinem Sohne, seiner Schwiegertochter und zwei Enkelkindern, die im Alter von 4 bis 9 Jahren standen, während des Schlafes mit Axthieben ermordet. Alle vorhandene Barschaft wurde geraubt. Die Mörder sind zwei angebliche Bauernknechte, welche bei Hermaniski übernachteten; man glaubt, daß dieselben einer jüngst aufgetauchten Räuberbande angehören.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Inserate werden nur gegen Barzahlung aufgenommen.

Bekanntmachung.

Unter dem auf dem hiesigen Schlachthofe zum Schlachten aufgestellten Rindvieh ist die **Maul- und Klauenseuche erneut ausgebrochen,** welches hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Bielefeld, den 4. Februar 1896.

Die Polizei-Verwaltung.

Bekanntmachung

betreffend die Anzeigepflicht für die Schweineseuche, die Schweinepest und den Rotlauf der Schweine.

Vom 12. November 1895.

Auf Grund des § 10 Absatz 2 des Gesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen, vom 23. Juni 1880 / 1. Mai 1894 (Reichs-Gesetzbl. 1894) bestimme ich:

Für die Königlich Preußischen Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau und die Rheinprovinz wird vom 1. Dezember d. J. ab bis auf weiteres für die Schweineseuche, die Schweinepest und den Rotlauf der Schweine die Anzeigepflicht im Sinne des § 9 des erwähnten Gesetzes eingeführt.

Berlin, den 12. November 1895.

Der Reichskanzler.
J. V.: gez. v. Boetticher.

Indem ich vorstehende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntnis bringe, mache ich darauf aufmerksam, daß die Unterlassung oder Verzögerung der Anzeige gemäß § 65, Ziffer 2, des oben erwähnten Gesetzes mit Geldstrafe von 10 bis 150 M. oder mit Haft nicht unter einer Woche geahndet wird, sofern nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

Zugleich ordne ich im Auftrage des Herrn Ministers hiermit an, daß die Anzeigen an den Gemeinde- bezw. Gutsvorsteher zu machen und von diesem unverzüglich der Ortspolizeibehörde zu übermitteln sind. In den Stadtgemeinden ist die Anzeige direkt der Polizei-Verwaltung zu erstatten.

Minden, den 25. November 1895.

Der Regierungs-Präsident.
J. V.: gez. v. Lüpke.

Oeffentliche Versammlung

der Sattler und Tapezierer Bielefelds

Mittwoch, den 5. Februar, abends 9 Uhr,

im Lokale des Herrn **R. Wüstefeld,** Bürgerweg 14.

Tagesordnung: 1. **Zweck und Nutzen der Organisation.** Referent: Tapezierer Goschki aus Berlin. 2. Verschiedenes.

Recht zahlreiches Erscheinen ersucht [257*

Der Einberufer.

Herford.

Mittwoch, den 5. Februar 1896, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn **Ströter.**

Vortrag über Antisemitismus u. Sozialismus.

Referent: Redakteur **Hoffmann,** Bielefeld.

Zu zahlreichen Besuch ladet ein [256

Der Vertrauensmann.

Broschüren, Statuten liefert schnell und sauber Buchdruckerei **„Volkswacht".**

In der unterzeichneten Buchhandlung ist zu haben:

Deutscher Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender

für das Jahr 1896.

Einzige Ausgabe zum Preise von 60 Pfg.

Inhalt:

Kalendarium mit den protestantischen und katholischen Namenstagen. — Geschichts-Kalender. — Die Unfallversicherung für Arbeiter im Deutschen Reich. Von Dr. Max Quarck. — Die wichtigsten Vorschriften über den Militärdienst. — Militärausgaben des deutschen Reiches seit 1872. — Stand der Reichsschulden seit 1870. — Verzinsung der Reichsschulden seit 1874. — Post-Tarif (für den inneren Verkehr Deutschlands und das Ausland). — Vergleichende Tabelle verschiedener Geschwindigkeiten. — Gewichte der deutschen Reichsmünzen. — Berechnung des Arbeitslohnes für Löhne von 12 bis 50 Pfg. von ½ bis 14 Stunden. — Metermaß in Fuß, Zoll rc. der verschiedenen Länder. — Fuß-, Zoll-, Flächen- und Kubikmaße verschiedener Länder, angegeben in Metermaß. — Gewichte. — Einnahme- und Ausgabe-Tabellen. — Zinsberechnungs-Tabellen. — Multiplikations-Tabelle. — Münzwesen. — Gesetz wegen Abänderung des Gesetzes betr. die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds. — Erste Hilfe bei Unglücksfällen. — Zeitvergleichung. — Adressen der Verbandsvorstände der gewerkschaftlichen Zentralverbände und der Zahlstellen der durch Vertrauensmänner zentralisierten Organisationen. — Verschiedenes und Notizkalender.

Der „Deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notizkalender" erscheint in diesem Jahre in der einen Ausgabe zum Preise von 60 Pfennig. Wie bei der Auswahl des Inhalts mit aller Sorgfalt verfahren wurde, so ist bei der Ausstattung (Papier, Druck und Buchbinderarbeit) das Möglichste gethan worden, um einen guten Taschenkalender herzustellen, und können wir denselben zur Anschaffung bestens empfehlen.

Buchhandlung „Volkswacht"
Bielefeld, Schulstraße 20.

!!Telegramm!!

der Bielefelder Fleischhalle.

Mache meine werte Kundschaft darauf aufmerksam, daß ich von heute an das Rindfleisch, Suppenstücke zu **50 Pfg.** das Pfund, und Bratenstücke zu **55 Pfg.** das Pfund verkaufe.

Nur prima Qualität.

249] Achtungsvoll

Wilh. Frankenberg.

Reichshalle.



Am Sonnabend Abend:
Großer Preis-Maskenball 260
des Vereins „Hoffnung".



Fernrohre per Stück 3,20 Mk.

Mit 4 feinen Linsen und 3 Auszügen.

Starke Vergrösserung
unter Garantie!

Jedes Fernrohr, welches nicht gefällt, nehmen sofort retour.

Preis-Katalog

sämtlicher **optischer Waren,** aller Arten **Messer, Scheren, Schuss-, Hieb-** und **Stichwaffen** versenden an Jedermann gratis und franko.

81 **Kirberg & Comp., Gräfrath** bei Solingen.

Zur Massenverbreitung!

Soeben ist in dritter Auflage erschienen und in der **Buchhandlung „Volkswacht"** zu haben:

Prozeß Liebknecht in Breslau.

Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Landgericht zu Breslau am Donnerstag, den 14. November 1895.

Mit einem Vor- und Nachwort von W. Liebknecht.

Preis **10** Pfg. (Porto 3 Pfg.)

Dieser Prozeß ist in der Fülle der gegenwärtigen Majestätsbeleidigungs-Anklagen typisch; die Bedeutung der Broschüre erhellt am besten daraus, daß in vierzehn Tagen bereits drei Auflagen nötig wurden.

Der Septemberkurs

vor dem Reichstag.

96 Seiten Großoktav. Preis **15** Pfg.

Die Bebelsche Etatsrede hat der diesjährigen Etatsdebatte ihre politische Bedeutung gegeben und diese zu einer Diskussion über die Sozialdemokratie und den Septemberkurs gestaltet. Die Sedanhetze, die Majestätsbeleidigungs-Prozeß-Epidemie, die neueste Regierungspolitik wird hier vor dem Richterstuhl der Oeffentlichkeit abgehandelt und ist daher diese Sammlung der in stenographischem Wortlaut wiedergegebenen Reden der Abgeordneten Bebel, Barth, Haußmann, Stumm rc., des Reichskanzlers, des Kriegs- und des Justizministers von weitergehendem Interesse

In neuer Ausgabe ist erschienen:

Lassalles Offenes Antwortschreiben

nebst Anhang:

Die National-Werkstätten von 1848.

Mit einer historischen Einleitung und Noten von Ed. Bernstein.

4 Bogen 8°. **Preis 20 Pfg.** Porto 5 Pfg.

Die Bernsteinsche Einleitung skizziert die Vorgänge, durch welche Lassalle zur Abfassung des „Antwortschreibens" veranlaßt wurde, reproduziert u. a. auch den in der „Volkszeitung" erlassenen Aufruf und das Programm zu dem auf 18.—25. November 1862 einberufenen Allgemeinen Arbeiterkongreß, kennzeichnet die Stellung Bismarcks und der Fortschrittspartei zu demselben und liefert so die historische Unterlage zum Verständnis der Schrift, in welcher Lassalle die Arbeiter zum politischen Kampfe gegen die Fortschrittspartei aufruft, ihnen gegen Schultze-Delitzsch das sogenannte eherne Lohngesetz formuliert, sie zur Bildung einer auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden selbständigen Arbeiterpartei auffordert. Der Anhang enthält seinen bekannten Aufsatz über die Nationalwerkstätten, der inhaltlich und zeitlich sich unmittelbar an das Antwortschreiben anschließt.

Buchhandlung „Volkswacht".

Durch die **Buchhandlung „Volkswacht"** ist zu beziehen:

Das Arbeiterrecht.

Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland

aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag, der Unfall-, Kranken-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung.

Mit Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Berufungen u. s. w.

Erläutert von

Arthur Stadthagen

früherem Rechtsanwalt, Mitglied des deutschen Reichstags.

Preis pro Heft 20 Pfg. — Vollständig jetzt erschienen in 11 Heften.

Sozialdemokratischer Verein

für Bielefeld und Umgegend.

Mittwoch, den 5. Februar, abends 8½ Uhr:

Vorstands-Sitzung

im Lokale des Herrn **Israel,** Centralhalle.

Allseitiges Erscheinen ist dringend geboten. [255

Der Vorsitzende.
C. Schreck.

Elegante [258
Masken- u. Theatergarderobe
ist leihweise u. auch käuflich zu haben.
Ferd. Griese, Gadderbaum.

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts".

Dienstag, den 4. Februar:

Versammlung

in der **Central-Halle.**

Tagesordnung im Lokal. [254*

Der Vorstand.

Alte Wollsachen

werden zu **dauerhaften, waschechten Damen-Kleiderstoffen** in **modernen Mustern** sowie zu **Buckskins, Läufern, Teppichen, Bettvorlagen, Schlaf-** und **Pferdedecken** billig und schnell umgearbeitet Proben frei.

253] **J. Sehrt, Grünberg** in Hessen.

Das Unfallversicherungsgesetz

ist in seiner umständlichen und umfangreichen Fassung ohne Erläuterungen dem Verständnis nicht leicht zugänglich, eine Erläuterung dieses Gesetzes, betitelt:

Die Entschädigungsansprüche der Arbeiter bei Unfällen

halten wir deshalb den Arbeitern und Arbeiterinnen besonders empfohlen. Dieselbe ist zum Preise von **30 Pfg.** zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht".

Radspanner-Gesuch.

Von einer größeren [252

Fahrradfabrik

werden mehrere, durchaus tüchtige und gewissenhafte Spanner bei höchstem Verdienst für dauernde Arbeit zu sofortigem Eintritt gesucht.

Offerten sub **A 504** an **Haasenstein & Vogler A. G.** in Köln.

Verloren

ist gestern Vormittag ein **Kontobuch** auf dem Wege von der Theesener Schule bis zum Wirt Pipping. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe **Wertherstraße 64** abzugeben.

Quittungsmarken

in allen Größen und Farben zum Quittieren der Beiträge für Vereine und Krankenkassen, (bestes Kontrollmittel für Kassierer) liefert in sauberster Ausführung die

Buchdruckerei der „Volkswacht".

Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld,

Schulstraße 20.

Soeben ist erschienen:

Friedrich Engels.

Sein Leben, sein Wirken, seine Schriften.

Mit Engels' Portrait.

Preis 20 Pfennig (Porto 5 Pfennig).

Die Bedeutung des neben Marx größten Theoretikers des modernen Sozialismus rechtfertigt es wohl, daß mir anläßlich des unerwartet jähen Todes des Altmeisters der deutschen Sozialdemokratie dessen Leben in Wort und Bild vorführen.

Von **Engels Schriften** sind vorrätig:

Engels letzte Arbeit: Karl Marx: **Die Klassenkämpfe in Frankreich.** Herausgegeben und mit Vorwort versehen von Fr. Engels. 1 Mk., Porto 10 Pfg.

In dem kurz vor Beratung der Umsturzvorlage geschriebenen und während der Reichstags-Verhandlung vielfach zitierten Vorwort zeichnet Engels in meisterhafter Weise die geschichtliche Entwickelung der revolutionären Taktik des proletarischen Klassenkampfes von der Barikade bis zum allgemeinen Stimmrecht. Man könnte dieses Vorwort das politische Testament Engels nennen.

Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Mit Anhang: Die Mark. 30 ₰, Porto 5 ₰.
Internationales aus dem Volksstaat. 30 ₰, Porto 5 ₰.
Zur Wohnungsfrage. 25 ₰, Porto 5 ₰.
Kann Europa abrüsten? 20 ₰, Porto 3 ₰.
Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Brosch. 2 M., geb. 2,50 M. Porto 20 ₰.
Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Brosch. 2,50 M., geb. 3 M., Porto 20 ₰.
Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Brosch. 1 M., geb. 1,50 M., Porto 20 ₰.
In Sachen Brentano contra Marx. 1 M., Porto 20 ₰.
Marx-Engels: Das Kommunistische Manifest. 15 ₰, Porto 3 ₰.
Marx: Das Elend der Philosophie. Mit Vorwort und Noten von Fr. Engels. Brosch. 1,50 M., geb. 2 M., Porto 20 ₰.
Marx: Lohnarbeit und Kapital. Mit Einleitung von Fr. Engels. 20 ₰, Porto 5 ₰.
Marx: Enthüllungen über den Kölner Kommunisten-Prozeß. Mit Einleitung von Fr. Engels. 25 ₰, Porto 5 ₰.
Marx vor den Kölner Geschworenen. Mit Einleitung von Fr. Engels. 15 ₰, Porto 5 ₰.
Marx: Bürgerkrieg in Frankreich. Mit Einleitung von Fr. Engels. 30 ₰, Porto 5 ₰.
Borkheim: Die Mordspatrioten. Mit Einleitung von Fr. Engels. 25 ₰, Porto 5 ₰.
Wolff, W.: Die schlesische Milliarde. Mit Einleitung von Fr. Engels. 20 ₰, Porto 5 ₰.

Diese Einleitungen zu den Marxschen Schriften sind in ihrer Knappheit geradezu Meisterstücke der historischen Darstellung einzelner Episoden des modernen Klassenkampfes.